

### 3.2 ✓ (K)ein europäischer Rüstungsmarkt

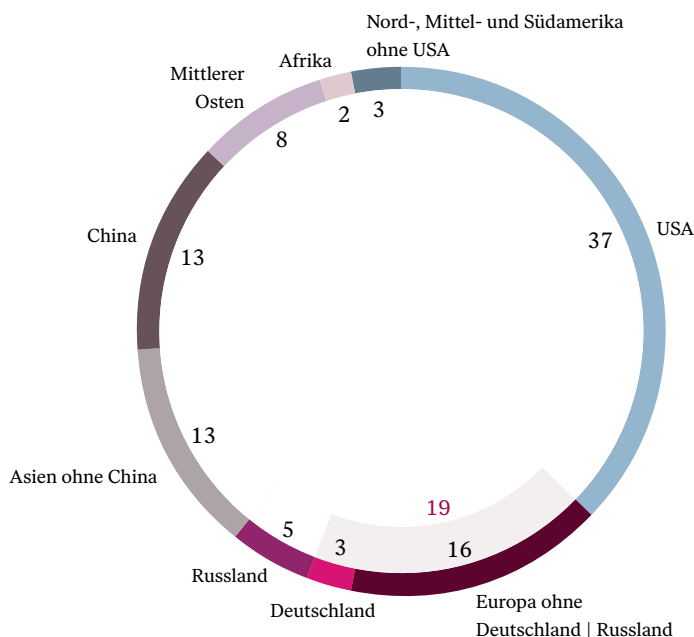
**S** eit 2022, dem Jahr des russischen Angriffs auf die Ukraine, hat sich Europa zu einem Zentrum der globalen Aufrüstung entwickelt. Die europäischen Ausgaben übersteigen dabei jene Russlands deutlich – und werden sich durch die Grundgesetzänderung Deutschlands weiter erhöhen. Trotzdem herrscht die Sorge, dass Europa ohne US-amerikanische Unterstützung Russland militärisch unterlegen sein könnte. Neben der Abhängigkeit von US-Systemen in Schlüsselbereichen wie Aufklärung und Logistik, ist das Hauptproblem der zersplitterte europäische Rüstungsmarkt. Durch die nationale Zuständigkeit für militärische Beschaffungsvorhaben ist ein Sammelsurium an Einzelösungen entstanden – ein Vielfaches dessen, was die US-Streitkräfte nutzen. Ein sicherheitspolitisch autonomeres Europa benötigt einen besser integrierten Rüstungsmarkt, um seine Verteidigungsausgaben effizienter einzusetzen. Zudem sollte Europa bei der Beschaffung aus den Erfahrungen der Ukraine mit europäischen, US-amerikanischen und selbst produzierten ukrainischen Waffensystemen lernen.

Die europäischen NATO-Staaten geben bereits jetzt viel Geld für das Militär aus. Das Problem sind ihre Ineffizienz und ihre USA-Orientierung

Während die Militärausgaben in vielen Weltregionen zwischen 2021 und 2023 – dem letzten Jahr mit belastbaren Zahlen – inflationsbereinigt relativ langsam wuchsen, verzeichnete Europa einen deutlich stärkeren Anstieg um etwa 50 % → **16** | → **17**. Im Jahr 2024 beliefen sich die Militärausgaben der europäischen Mitgliedsstaaten der NATO auf etwa 480 Mrd. Euro, was einem Zuwachs von 25 % gegenüber 2021 entspricht. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg von 1,66 % im Jahr 2021 auf 2,02 % im Jahr 2024 und liegt in einigen Ländern, beispielsweise Polen, sogar deutlich darüber.

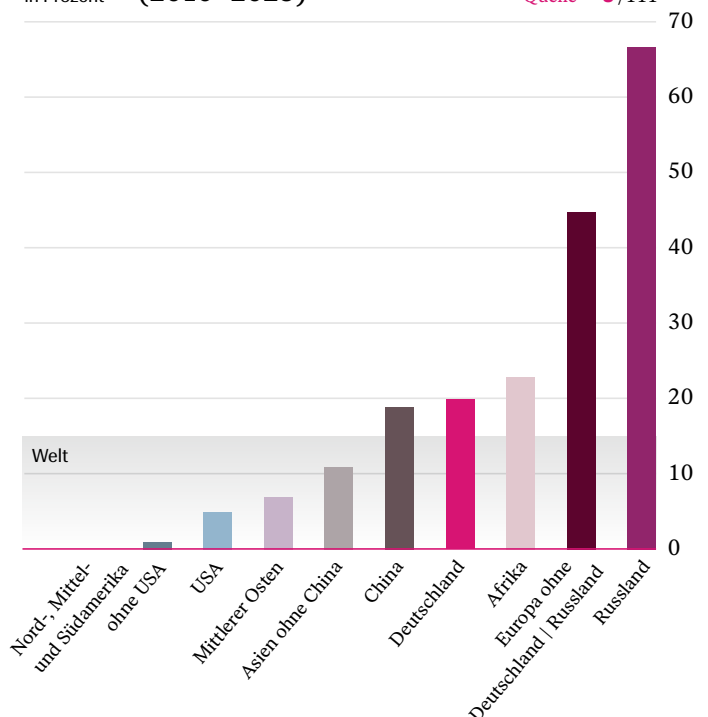
**16** Anteil globaler Militärausgaben  
in Prozent (2023)

Quelle → 3 / 111



**17** Zuwachs staatlicher Militärausgaben  
in Prozent (2019–2023)

Quelle → 3 / 111



Der Anstieg der Militärausgaben in Russland war, wenig überraschend, auch über 2023 hinaus besonders hoch. Zwischen 2023 und 2025 wurde ein Zuwachs von etwa 25 % geplant, wodurch der Verteidigungshaushalt auf rund 130 Mrd. Euro steigt. In den vergangenen Jahren wurden die entsprechenden Planungen sogar häufig überschritten (→ Luzin 2024). Dennoch werden die finanziellen Spielräume in Russland enger. 2025 dürfte der Anteil der Militärausgaben am Staatshaushalt mehr als ein Drittel und mindestens 7 % des BIP ausmachen.

Rechnet man mit den Wechselkursen von 2022, wie in den Angaben für Grafik 1, übersteigen die Aufwendungen der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten diejenigen Russlands bei Weitem. Zwar sind solche Vergleiche aufgrund der Wehrpflicht und niedriger Löhne in Russland problematisch. Selbst wenn man die allgemeinen Kaufkraftparitäten für die russischen Militärausgaben berücksichtigt, liegen die Ausgaben der europäischen NATO-Mitglieder aber über denen Russlands (→ Dorn 2024). Auch die Anzahl des Militärpersonals in der NATO ist höher: Zu Beginn des Jahres 2025 betrug der Personalumfang der europäischen NATO-Streitkräfte knapp über zwei Mio. Soldat:innen, während die Sollstärke der russischen Streitkräfte seit Dezember 2024 bei 1,5 Mio. liegt.

Bis vor wenigen Monaten wurden die USA als verlässliches Rückgrat der NATO betrachtet. Gemeinsame europäische Beschaffungen blieben daher bislang die Ausnahme und zeigten sogar eine abnehmende Tendenz (→ European Commission 2024). Stattdessen kauften europäische Staaten amerikanische Waffensysteme, die verlässlich lieferbar und technologisch überlegen waren. Die hervorgehobene Stellung der Vereinigten Staaten wirkt sich auch negativ auf die militärische Eigenständigkeit der Europäer:innen in Planungs- und Kontrollstrukturen aus. Aktuell ist unklar, wie sich Pläne der neuen Bundesregierung und des neu geschaffenen EU-Kommissars für Verteidigung und Weltraum auf den europäischen Rüstungssektor auswirken werden.

Gemäß der im Dezember 2024 beschlossenen „nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie“ der Bundesregierung wird für eine lange Liste von „Schlüsseltechnologien“ jedoch grundsätzlich nationale Beschaffung vorgesehen (→ Bundesregierung 2024). Auffällig ist dabei, dass neben Hochtechnologiebereichen wie Künstlicher Intelligenz vor allem jene Bereiche gestärkt werden sollen, in denen deutsche Hersteller:innen im internationalen Wettbewerb besonders stark sind.